

Echnatons View

Unabhängige Online-Zeitung für
Arbeitnehmer und Neugierige!

Arbeitsrelevante Themen aus einem
anderen Blickwinkel betrachtet!

Ausgabe 7 / September 2017



Stellenabbau im Gesundheitssektor!

Kliniken erarbeiten sich den Ruf eines gnadenlosen Renditetreibers, deren Gewinne auf den Rücken von Pflegern, Patienten und Ärzten brutal erwirtschaftet werden!



„Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ gründet sich!: Bei einem Treffen von Pflegekräften und Unterstützer*innen im Juli hat sich das „Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ gegründet. Das Ziel des Bündnisses ist es, auch in Bremen die Bewegung für mehr Personal im Krankenhaus zu verstärken. 1,1 Mio.

Menschen arbeiten in den rund 2000 bundesdeutschen Krankenhäusern, davon 410.000 in der Pflege, aufgrund vermehrter Teilzeitarbeit entspricht dies in etwa 310.000 Vollzeitstellen. Von 1995 bis 2006 wurden über 87.000 Stellen in den bundesweiten Krankenhäusern abgebaut, davon allein 40.000 Stellen im Pflegedienst. Auf der Grundlage einer Befragung in 200 Krankenhäusern im Jahr 2013 hat ver.di errechnet, dass 162.000 Stellen in den Krankenhäusern bundesweit fehlen, davon allein 70.000 im Pflegebereich. Von dieser Entwicklung waren und sind die Krankenhäuser in Bremen auch nicht ausgenommen. „Wir wollen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Bremer Krankenhäusern erreichen, dass auf allen Stationen und Abteilungen die Arbeitsbelastung endlich wieder auf ein erträgliches Maß reduziert wird. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn es überall verbindliche Personalmindeststandards gibt. Deswegen fordern wir endlich eine gesetzliche Personalmindestbemessung!“ äußert sich die Sprecherin des Bündnisses Ariane Müller.

Das Bremer Bündnis möchte mit seinen Aktivitäten an die erfolgreiche Auseinandersetzung in der Berliner Charité sowie an Bewegungen von Pflegekräften in ganz Deutschland anknüpfen. Überall begehren Pflegekräfte gegen ihre Arbeitsbedingungen auf, welche sowohl für sie als auch für die ihnen anvertrauten Patient*innen mehr und mehr zu einer Gefahr werden. In vielen Bereichen ist selbst die Grundversorgung der Patient*innen kaum noch zu gewährleisten, Grundtätigkeiten wie das Stellen von Medikamenten erfolgt unter Zeitdruck und Stress und die Infektionsgefahr für Patient*innen nimmt stetig zu, weil nicht einmal mehr für die hygienische Händedesinfektion Zeit bleibt. In der nächsten Zeit wird das Bündnis den Fokus darauf setzen mit den Kolleginnen und Kollegen in den Kliniken in Kontakt zu kommen und sich zu vernetzen. „Wir möchten allen Beschäftigten zeigen, dass sie nicht länger unter diesen Bedingungen arbeiten müssen sondern sich wehren können. Häufig werden ja nicht einmal mehr Pausen gemacht, damit muss Schluss sein“ so Ariane Müller. Auch an geplanten Aktionstagen der Gewerkschaft ver.di im Herbst wird sich das Bündnis beteiligen. „Natürlich arbeiten wir auch mit ver.di zusammen, ist ein Teil des Bündnisses. Ver.di macht bereits seit vielen Jahren gute Arbeit im Bereich der Pflege. Allerdings setzen wir im Bündnis auf das Engagement aller Kolleginnen und Kollegen aus der Pflege und werden einen Weg gehen, der von der Basis also von den Pflegekräften ausgeht. Dafür sind alle Pflegekräfte in unserem Bündnis herzlich willkommen und eingeladen!“ sagt Ariane Müller. Gesundheit ist ein Menschenrecht, keine Ware!



Krankenhausstrukturgesetz: Das Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz – KHSG) wurde am 10. Dezember 2015 vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Es beinhaltet umfangreiche Änderungen des Krankenhausfinanzierungsrechts. Zum einen wurden mit der verbindlichen Ausgestaltung der Qualitätsanforderungen und der Einrichtung eines Krankenhaus-

strukturfonds Instrumente geschaffen, um die Krankenhausstruktur zu gestalten. Zum anderen zielen zahlreiche Maßnahmen auf die Weiterentwicklung der Betriebskostenfinanzierung ab. Weitere Inhalte sind die Einrichtung eines Pflegeförderprogramms, die Neuausrichtung der Mengensteuerung sowie Änderungen der ambulanten Notfallversorgung.

Pflegestellen-Förderprogramm: Für die Jahre 2016 bis 2018 wird ein Pflegestellen-Förderprogramm aufgelegt (§ 4 Abs. 8 KHEntgG), für das im Jahr 2016 110 Mio. €, im Jahr 2017 220 Mio. € und ab dem Jahr 2018 dauerhaft 330 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Gefördert werden Neueinstellungen und die Aufstockung von Teilzeitstellen in der Pflege, die seit dem 1. Januar 2015 erfolgen. Die Krankenhäuser haben dabei einen Eigenfinanzierungsanteil in Höhe von 10 Prozent der Personalkosten zu erbringen. Auf diese Weise soll die Pflege am Bett gestärkt werden. Bis spätestens Ende 2017 soll eine beim Bundesministerium für Gesundheit angesiedelte Expertinnen- und Expertenkommission Vorschläge erarbeiten, wie die sachgerechte Abbildung vom Pflegebedarf im DRG-System oder über ausdifferenzierte Zusatzentgelte erfolgen und wie die zweckgebundene Mittelverwendung mit möglichst wenig Bürokratieaufwand überwacht werden kann. /Quelle Wikipedia > [Krankenhausstrukturgesetz](#)

Krankenhausstrukturgesetz (KHSG): Das Gesetz soll die Qualität der Krankenhausversorgung stärken und zudem die Zahl der Pflegekräfte am Krankenbett erhöhen. Das Gesetz ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. / Quelle > [Bundesministerium für Gesundheit](#)

Weitere Stimmen zu diesem Thema findest du hier: [Bundesverband Pflegemanagement](#) / [Bundestagsabgeordnete Marina Kermer](#) / [Ärzte Zeitung](#)

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen:

Nachdem die großen Unternehmen und Konzerne ihre langzeitbeschäftigten MitarbeiterInnen in Massen rausgeschmissen – weiterhin rausschmeißen – und durch Billigjobber aus Osteuropa und oder LeiharbeiterInnen ersetzt haben, greift der massive Stellenabbau nun auch auf den Gesundheitssektor über. Um diesen Zustand im Gesundheitssektor voranzutreiben nutzt die deutsche Politik zunehmend die Privatisierung öffentlicher



Einrichtungen, jüngst geraten so immer mehr Krankenhäuser durch negative Publicity in den Fokus der Öffentlichkeit. Beim Durchsetzen kostengünstigeren Wirtschaftens und zur Steigerung der Profitgier leiden Beschäftigte und die hygienischen Bedingungen erheblich in den Krankenhäusern, wobei diese Zustände immer mehr auf den Rücken der Patienten

ausgetragen werden müssen. Die Privatisierung untergräbt die Mindeststandards im Gesundheitssektor, fördert Profitgier und trägt langfristig dazu bei den Stellenabbau voranzutreiben. Die Gesundheit ist zu einem Speziallithema geworden, wobei Ärzte und Wissenschaftler meinen hier die Deutungshoheit zu haben. Die wahren Fachleute sind dagegen die Betroffenen, die "Kranken", bzw. die Patienten. Das Pflegepersonal und dessen Erfahrung in der Arbeit am Krankenbett zu übergehen ist ignorant. Längst nicht mehr hinter vorgehaltener Hand äußerten Beschäftigte die Ansicht: "Wenn das so weitergeht, gibt es Tote!". So verwundert es auch nicht das Kliniken sich inzwischen den Ruf eines gnadenlosen Renditetreibers erarbeitet haben, deren Gewinne auf den Rücken von Pflegern, Patienten und Ärzten brutal erwirtschaftet werden!



Abzocke! Langzeitkranke im UKSH Klinikum in Kiel müssen extrem hohe Gebühren für das Fernsehprogramm berappen!: Diese brutale Abzocke geht eindeutig zulasten schwerkranker Patienten. So sollte ein leukämiekranker Patient für fünf Monate gut 300 Euro für die Nutzung des TV Gerätes bezahlen obwohl der Rundfunkbeitrag derzeit lediglich bei 17,50 Euro liegt. Handelt es sich jedoch um ein Mehrbettzimmer muss jeder Patient diese Gebühr bezahlen. Patienten die sich dies finanziell nicht leisten

können wird skrupellos der Ton abgestellt. Und die Fahnenstange ist noch nicht erreicht! Sofern der Masterplan für das Klinikum 2018 fertiggestellt ist, werden Patienten noch intensiver zur Kasse gebeten. Langzeitpatienten müssen dann auch für Internet und WLAN ordentlich draufzahlen!

Amper Kliniken AG: Klinikum Dachau, Klinik Indersdorf



Gesellschafter der Amper Kliniken AG war seit 2005 die Rhön-Klinikum AG mit 74,9% und der Landkreis Dachau mit 25,1%. (Qualitätsbericht der Amper Kliniken AG Dachau für 2005) Seit November 2009 gehörten der Rhön Klinikum AG weitere 20,1% und somit 94,9% der Anteile an den Amper Kliniken. Im März 2014 gingen die Anteile der Rhön Klinikum AG mit der Übernahme durch Fresenius-Helios an die Helios GmbH über. Die Amper Kliniken AG gehörten innerhalb der Rhön AG zu den größten und v.a. wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmen. Seit 1. Juli 2014 ist der offizielle Name Helios Amper Klinikum Dachau bzw. Helios Amper Klinik Indersdorf.

Amper Kliniken AG – Beschäftigte protestieren gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen!: Vor zwei Jahren übernahm die Helios GmbH mehrheitlich ihren Konkurrenten Rhön Klinikum AG. Das bedeutete für die Amper Kliniken in Dachau und Markt Indersdorf eine erneute Übernahme durch Europas größten Klinikkonzern. In diesem Zeitraum haben nicht nur die bereits zuvor bestehenden Probleme des Personalmangels und die damit verbundene hohe Arbeitsbelastung im Klinikum Dachau enorm zugenommen. Sie haben sich derart verschärft, sodass die Berufsgruppen Pflege, Reinigung, Bettenaufbereitung und Patienten Service täglich am Rande des Machbaren arbeiten und immer öfter darüber hinaus. Die Interessen der Beschäftigten spielen im Klinikkonzern eine untergeordnete Rolle, im Streben nach der vorgegebenen Gewinnspanne. Und das, obwohl die Amper Kliniken schon im Rhön Konzern eine der wirtschaftlich erfolgreichsten Kliniken darstellten. Der Druck diese Ziele zu erreichen landet tagtäglich auf den Schultern des überlasteten Personals. In letzter Zeit wurden in der Presse Mängel bei Personal und vor allem in der Hygiene thematisiert. Missstände sind für die Dachauer Bevölkerung als potentielle Patientinnen und Patienten oder Angehörige von Interesse. Ebenso für die Kreispolitik, da der Landkreis 5,1% Anteile an den Kliniken hält. Es muss eine öffentliche Debatte mit Beschäftigten, Betroffenen und der Politik darüber geführt werden, in welche Richtung sich die Kliniken bewegen. /Quelle: Bild und Text > ungesundleben.org

Nichts hat sich geändert! Proteste gehen weiter!:

In der Presse wurde viel über horrenden Personalmangel, unzumutbare Arbeitsbedingungen und mangelnde Hygiene am Dachauer Klinikum berichtet. Die Podiumsdiskussion war "legendär", die "einem Schiedsgericht über Helios glich". Leider muss festgestellt werden, dass sich seither rein gar nichts bewegt hat. Im Gegenteil, die Bedingungen haben sich noch weiter verschärft. Es hat den Anschein, als möchte man die Beschäftigten der Amper Kliniken für ihre öffentliche Kritik bestrafen. Helios möchte partout keinen Millimeter einlenken? Die Beschäftigten der Amper Kliniken wollen so nicht mit sich umspringen lassen, daher gehen sie auf die Straße. Das Tauziehen in der Amper Klinik geht derweil weiter. Während die Beschäftigten der Amper Klinik in Dachau alles versuchen, um mit dem Klinik-Chef Christoph Engelbrecht eine annehmbare Lösung für die anhaltende Situation im Klinikum zu finden, geriet dieser immer mehr in den Fokus der [öffentlichen Medien](#). Die miesen Zustände seien so nicht mehr hinnehmbar, daher setzten sich die Beschäftigten der Amper Klinik schon seit Monaten für eine gütliche Lösung mit dem Chef ein. Doch leider waren alle Versuche bisher erfolglos, der Klinik-Chef mauert auch weiterhin!



Amazon – Ärger mit Kunden: Nachdem es zu erheblichen Verzögerungen bei den Lieferungen nach dem „Amazon Prime Day“ Tag gekommen war, gibt es nun neuen Ärger mit Amazon. Kunden die schon Anfang April das neue Album von Vanessa Mai „Regenbogen“ vorbestellt hatten, bekamen dieses am Erscheinungsdatum am 11. August 2017 teilweise nicht geliefert. Gerade die Fans von Vanessa Mai sind stincke sauer. So schrieben die Kunden per Mail Amazon an. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. So schrieb Amazon unter anderem:

„Die Sendung wurde per Deutsche Post als Großbrief an Sie versendet. Die geplante Zustellung durch den Postboten erfolgt über Ihren Briefkasten. Mit dieser Versandmethode liegt uns keine Sendungsnummer vor. Eine Verfolgung ist daher weder über „Mein Konto“ auf unserer Website noch über die Website der Deutschen Post möglich. Daher haben wir derzeit keine Informationen über Ihre Sendung“.

Langsam fragen sich die Kunden was bei Amazon los ist? Immer öfters wird das Lieferdatum im Memberbereich geändert, permanente Verzögerungen bei den Lieferungen gehören allmählich zum Standard oder diese kommen bei den Amazonkunden erst gar nicht an?!

Festzustellen ist, dass Amazon irgendwo erhebliche Probleme haben muss. Amazon selbst legt großen Wert auf Kundenzufriedenheit, doch dieses offensichtliche Chaos wirft keinen guten Blick auf Amazon. Den Kunden ist es egal wo die Schwierigkeiten liegen. Wenn Die Deutsche Post es nicht schafft zu liefern, müssen es diejenigen machen, die es können! Amazonkunden haben mit Amazon ein Geschäft abgeschlossen und nicht mit der Deutschen Post. Es ist absolut nicht Kundenfreundlich was Amazon derzeit abliefern!



Seuche Leiharbeit: Vor den Reformgesetzen 2003 durch SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten wir gut 300.000 Leiharbeiter in Deutschland. In der neusten Bilanz der Bundesagentur für Arbeit wurde nun bekannt gegeben, dass mittlerweile etwas mehr als 1. Million Menschen im Leiharbeitsverhältnis stehen, Tendenz steigend. Durch die neuen Integrationsgesetze wird sogar erwartet das die Zahl der LeiharbeitnehmerInnen bis Ende 2018 auf 1,5 Millionen ansteigen wird. Während die meisten LeiharbeitnehmerInnen keinerlei Chance haben wieder in einen Vollzeitjob zukommen, nimmt der Stellenabbau von Vollzeitjobs hingegen weiter zu. So verwundert es auch nicht, dass immer mehr Zeitfirmen aus dem Boden gestampft werden. Laut der Bundesagentur für Arbeit gab es im Dezember 2016 in Deutschland 51,700 Verleihbetriebe. Während die Partei „Die Linke“ von Organisierte Lohndrückerei spricht, rührt sich Bundesarbeitsministerin Andrea

Nahles kein Stückchen auf die LeiharbeitnehmerInnen zu. Zwar trat zum 1. April 2017 das überarbeitete Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in Kraft, doch dies wurde eher zu Gunsten der Arbeitgeber und den Gewerkschaften ausgelegt. Führende Leihfirmen konnten 2016 ein Umsatzplus von 6,5 Prozent verbuchen, wobei diese Quote für 2017 erwartungsgemäß weiterhin ansteigen wird. Die Nachfrage nach Zeitarbeitnehmern ist auf einen anhaltenden hohen Niveau, sodass sich die Zeitarbeit zu einer elendigen Seuche entwickelt hat, für die es derzeit keinerlei Gegenmedizin gibt. Solange Politik, Wirtschaft, die Agentur für Arbeit und die Gewerkschaften gemeinsame Sache zu Ungunsten der LeiharbeitnehmerInnen machen, gibt es für die Menschen im Land keinen Ausweg aus dieser deprimierenden Situation. Nur noch Gier, Erpressung und Zwangsarbeit werden vom Gesamtbild Deutschlands geprägt, was für die Menschen im Land mehr als bedrohlich ist!

Leiharbeit muss beendet werden und darf nicht länger ein Dauerzustand sein. Wirtschaft und Politik müssen damit aufhören nur noch ihre Vorteile in den Vordergrund zu stellen!

Amazon als Global Player: Während Amazon sich als Global Player weltweit präsentiert, nehmen die Kritiken als Arbeitgeber hingegen zu. Vor allem in Deutschland geriet der Konzern wegen den jahrelangen Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft Ver.di in den Fokus der Öffentlichkeit. So bemängelt die Ver.di u.a. das Amazon seine Beschäftigten nicht nach dem Versandhandelstarif bezahlen will und kritisiert zudem die schlechten Arbeitsbedingungen. Dauerschichtdienst, enormer Leistungsdruck und zunehmende Massenabfertigungen führen die Beschäftigten dauerhaft an die Grenze des machbaren. Angesichts



des starken Fokus von Amazon auf die Optimierung der Arbeitsprozesse, werden die Beschäftigten so in ein monotones Arbeitsumfeld integriert. Wertschätzung zeigt der Konzern nur gegenüber den Beschäftigten die die vorgegebenen Ziele erreichen. Amazon ist Lohndrücker der Branche. Während ansonsten im Versandhandel faire Löhne nach Tarif bezahlen werden, hält man bei Amazon nur wenig davon. Während die Ver.di weiterhin versucht sich mit Amazon auf einen Tarifabschluss zu verständigen, nimmt der Konzern weiterhin Fahrt auf und setzt auf Konfrontation. Das Unternehmen lehnt es bereits seit über vier Jahre ab, gemeinsam nach einer Lösung im Tarifstreit zu suchen. Damit Amazon den Druck auf seine Beschäftigten hochhalte kann, setzt der Konzern zunehmend auf befristete Arbeitsverträge. Nach Ablauf von maximal zwei Jahre beendet Amazon in der Regel die Zeitverträge, ohne die Chance auf Weiterbeschäftigung. Durch diesen permanenten Personalwechsel will Amazon vor allem verhindern, dass es durch Dauerstreiks zu Unruhen kommt. Das festangestellte Personal hingegen traut sich immer weniger - gemeinsam mit der Gewerkschaft Ver.di - auf die Straße zum streiken zu gehen, zu groß ist die Angst aus fadenscheinigen Begründungen seinen Vollzeitjob zu verlieren. So hat sich der Gigant Amazon als Global Player zwar einen ansehnlichen Ruf erarbeitet, doch ansonsten als Arbeitgeber auf der Ganzen Linie versagt!



Amazon 14. Mai 2013: Der ewige Streik! > Seit mehr als vier Jahre ist die Gewerkschaft Ver.di nun schon mit den Streiks beim größten Versandhändler Amazon im Gange, erreicht hat sie aber bisher nicht wirklich viel. Die Ver.di führt seither einen erbitterten Arbeitskampf – mit Unterbrechungen - um einen Tarifvertrag und um bessere Arbeitsbedingungen für die

Beschäftigten zu erreichen. Nach all den Jahren des Arbeitskampfes macht sich bei der Ver.di zwar jüngst unangenehme Ernüchterung breit, der Kampfeswille bleibt jedoch ungebrochen. Gegen die anhaltende Verweigerung des Konzerns doch noch einen annehmbaren Tarifvertrag für die Beschäftigten in Deutschland abzuschließen, hat die Gewerkschaft Ver.di bis heute kein wirkliches Druckmittel gefunden, um dem entgegenzuwirken: Ver.di selbst fordert eine Bezahlung nach dem Einzelhandelstarif, was Amazon allerdings bisher ablehnt. Je länger die Streiks anhalten, um so mehr bereitet sich der Online-Riese darauf vor und für Ver.di wird es zunehmend schwieriger das Ziel Tarifvertrag doch noch zu erreichen! Dabei hatte die Gewerkschaft selbst nicht gedacht, dass die Auseinandersetzungen jemals so lange andauern würden. Resignieren will die Ver.di aber nicht: Aus Sicht der Ver.di ist es derzeit nicht denkbar die Streiks zu beenden.

VW & AutoVision – Skandalöses Vorgehen gegen Mitarbeiter: Nachdem ein Mitarbeiter des Tochterunternehmens „AutoVision“ der Volkswagen AG Anspruch auf eine Festanstellung geltend gemacht hatte, wurde dieser zunächst zwangsweise und ohne jeden Rechtsgrund von der Arbeit freigestellt und etwas später sogar gekündigt. Ohne jegliche Begründung wurde dem Mitarbeiter der Werksausweis entzogen und vom Werkschutz vom Werksgelände entfernt. Angebliche Ermittlungen gegen den Mitarbeiter seien der Grund für diese Maßnahmen gewesen, hieß es später. So wurde offensichtlich willkürlich gegen den Mitarbeiter vorgegangen, nur weil er seinen Anspruch auf Festeinstellung geltend gemacht hatte. Das erschreckende Verhalten der Firma ist zerstörend, da dieses ohne Rechtsgrundlage vollzogen wurde. Der Mitarbeiter selbst sieht das Vorgehen gegen ihn als persönlichen Übergriff für die Aufforderung der Festanstellung und weil er sich gegen die Zwangsfreistellung zur Wehr gesetzt hatte. Dabei verbietet der Paragraph [§ 612a BGB](#) – Maßregelungsverbot – dem Arbeitgeber den Arbeitnehmer zu benachteiligen, weil dieser in zulässiger Weise seine Rechte ausübt. Der Mitarbeiter hatte gegen AutoVision klage eingereicht, wobei ein abschließendes Urteil vom Arbeitsgericht noch nicht entschieden wurde, da die Verhandlungen im Oktober fortgeführt werden.



Autovision: Allgemein: Die AutoVision GmbH ist ein einhundertprozentiges Tochterunternehmen der Volkswagen AG. Das Unternehmen bietet seinen Kunden Prozess- und Personaldienstleistungen an. Am 30. Juni 2017 wurde bekannt, dass der Volkswagen Konzern Vorstand die Umbenennung der AutoVision GmbH in die Volkswagen Group Services GmbH beschlossen hat. Demnach wird das Unternehmen ab dem 01. Januar 2018 unter dem neuen Namen auftreten. Aufgrund einer Arbeitslosenquote der Stadt Wolfsburg von über 17 Prozent entwickelte die Stadt zusammen mit der Volkswagen AG im Jahre 1997 anlässlich des 60-jährigen Stadtjubiläums im darauffolgenden Jahr das Konzept AutoVision mit dem kurzfristigen Ziel der Halbierung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit konnte zusammen mit der Wolfsburg AG innerhalb von vier Jahren auf 9 Prozent gesenkt werden. Initiator des Projekts war der damalige Volkswagen-Vorstand Peter Hartz, der auch den Vorstandsvorsitz der neu gegründeten AutoVision GmbH in den ersten Jahren innehatte. Aus dem Konzept AutoVision konnte neben der AutoVision GmbH die Wolfsburg AG und der MobileLifeCampus mit AutoUni hervorgehen. Der Erfolg des Projektes führte unter anderem dazu, dass der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder Hartz bat, ein Konzept für den Arbeitsmarkt zu entwerfen, woraus die Hartz-Konzepte entstanden sind. Die AutoVision GmbH wurde im April 2001 als Tochterunternehmen der Volkswagen AG gegründet und ist neben ihrem Stammsitz in Wolfsburg an acht deutschen und acht ausländischen Standorten aktiv. Die AutoVision GmbH bietet neben individuellen Personaldienstleistungen auch kaufmännische und technische Dienstleistungen (im Rahmen von Werk- und Dienstleistungsverträgen) an. Im Jahr 2015 beschäftigte die AutoVision GmbH rund 8.900 (in Deutschland) und 1.600 (im Europa) Mitarbeiter. Die VfL Wolfsburg-Fußball GmbH ist eine Tochtergesellschaft von Autovision. Im Juli 2015 hat der Aufsichtsrat der Volkswagen AG dem Aufbau eines eigenen IT Dienstleisters für die IT- und Geschäftsanwendungen des Konzerns beschlossen. Die Volkswagen Group IT Services GmbH wurde im Januar 2017 als Tochtergesellschaft der AutoVision GmbH gegründet. / Quelle: Wikipedia > [Autovision](#)

Wenn der Detektiv kommt!: Immer mehr Arbeitgeber lassen ihre Mitarbeiter und Betriebsratsmitglieder unbegründet durch Privatdetektive bespitzeln, diese dringen hierbei oft genug in die Privatsphäre der Personen ein. Besonders oft greifen Arbeitgeber darauf zurück, wenn sich seine MitarbeiterInnen zu oft krank melden. Krankschreibungen von Mitarbeitern begründen jedoch nicht diese heftigen Bespitzelungen. Für den Arbeitgeber kann das richtig teuer werden, nämlich dann, wenn die Bespitzelung ohne konkreten Anlass geschieht. Ein Grund für den Arbeitgeber einen Privatdetektiv zu beauftragen wäre zum Beispiel, wenn der Arbeitgeber konkrete Hinweise hat das seine krankgeschriebenen Mitarbeiter während der Krankschreibung eine Nebentätigkeit nachgehen oder wenn ein begründeter Diebstahlverdacht vorliegt. Bespitzelte Personen die unbegründet durch einen Privatdetektiv überwacht werden, haben das Recht Geldentschädigungen vom Arbeitgeber einzufordern!



Lady Di: 20 Jähriger Todestag

Diana, Princess of Wales: (Fürstin von Wales, gebürtig Diana Frances Spencer, * 1. Juli 1961 in Sandringham, Norfolk, England; † 31. August 1997 in Paris, Frankreich) war als erste Ehefrau des derzeitigen britischen Thronfolgers Charles von 1981 bis 1996 Kronprinzessin des Vereinigten Königreiches. Aus Dianas Ehe mit Charles stammen die Söhne William und Henry, der oft Harry genannt wird. Im deutschen Volksmund wird Diana bis heute nicht nur als Prinzessin Diana, sondern oft auch als Lady Diana oder Lady Di bezeichnet, obwohl sie seit der Hochzeit den Titel „Lady“ nicht mehr führte.

Schon zu Lebzeiten errang Diana den Status einer Medienikone und wurde weltweit so populär, dass sie zeitweise als die berühmteste und am häufigsten fotografierte Frau der Welt galt. Während sie sich zu einem Medienstar entwickelte, litt ihre Ehe mit Prinz Charles unter einer schweren Krise. Die Ehe des Kronprinzenpaares scheiterte letztlich, die offizielle Trennung wurde 1992 bekanntgegeben.

Die Skandale der 1990er Jahre, die aus Dianas und Charles' Konflikt resultierten, brachten der britischen Monarchie erheblichen Schaden. Mit der Scheidung verlor Diana ihren Rang als Königliche Hoheit, blieb jedoch ein Mitglied der Königsfamilie.



Auf der Insel (rechts) wurde Lady Diana begraben, im Hintergrund ist die Gedenkstätte zu sehen.

In der Nacht zum 31. August 1997 prallte der Wagen, in dem Diana mit ihrem damaligen Freund Dodi Al-Fayed saß, mit überhöhter Geschwindigkeit gegen einen Pfeiler im Autotunnel unter der Place de l'Alma in Paris. Diana starb an den Folgen innerer Verletzungen, und die Nachricht ihres Todes löste weltweit eine Welle des Schocks und des Mitgefühls aus. Das Ereignis hatte verheerende Folgen für das Ansehen des Königshauses, da dessen Mitglieder aufgrund ihrer als herzlos wahrgenommenen Contenance massiver Kritik ausgesetzt waren. Entgegen den Regeln des Protokolls wurde für Diana aufgrund der überwältigenden Trauer in der Bevölkerung am 6. September 1997 eine öffentliche Beisetzungszeremonie organisiert. Der Effekt, den Diana auf die Königsfamilie hatte, macht sich noch heute bei manchen Anlässen bemerkbar. Nach ihrem Tod erhielt Diana den Beinamen „Königin der Herzen“, den im 17. Jahrhundert schon Elisabeth Stuart, die Frau des „Winterkönigs“ Friedrichs V., trug.

Unfalltod (1997): Am 30. August 1997 um 21:35 Uhr brachen Diana und Dodi Al-Fayed von Dodis Wohnung in Richtung Chez Benoît auf, einem Restaurant in der Nähe des Centre Pompidou. Dodi war von den anwesenden Paparazzi irritiert und befahl seinem Chauffeur nach zehn Minuten Fahrt, zum Pariser Hôtel Ritz zurückzufahren. Um 00:06 Uhr am 31. August 1997 verließen Diana und Dodi die Präsidentensuite des Hotels und gingen zum Personalaufzug im ersten Stock, und vierzehn Minuten später fuhren Henri Paul, Diana, Dodi und der Leibwächter Trevor Rees-Jones in einem Mercedes S 280 los. Paul sollte Diana und Dodi zu dessen Wohnung in der Rue Arsène Houssaye bringen. Um 00:25 Uhr Ortszeit verunglückte der Wagen in der Alma-Unterführung nahe der Alma-Brücke in Paris. Der Mercedes-Benz prallte mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Tunnelpfeiler. Dianas Partner Dodi Al-Fayed und der Fahrer Henri Paul starben noch am Unfallort. Al-Fayeds Leibwächter Trevor Rees-Jones überlebte den Unfall mit schweren Gesichtsverletzungen. Diana war nicht sofort tot. Sie starb wenige Stunden nach dem Unfall an den Folgen ihrer schweren inneren Verletzungen im Krankenhaus Pitié-Salpêtrière. Gegen 4 Uhr morgens wurde sie offiziell für tot erklärt. / [Wikipedia](#)

Quelle Foto Lady Di: Wikipedia > Nick Parfjonov - Eigenes Werk, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7366694>

Quelle Foto Diana-Gedenkstätte in Althorp: Wikipedia > james denham, CC BY-SA 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=13894757>